

III. Ein Gesellschaftsvertrag für Europa

Bewegen wir uns auf ein posteuropäisches Zeitalter zu, ein paradoxes Wiederaufleben der Kleinstaaterei im Zeitalter der Globalisierung? Sind das Gefühl der Bedrohung und die Unsicherheit inzwischen so groß, daß die »alte Übersichtlichkeit« lockt und die Menschen die Flucht in die Zukunft des 19. Jahrhunderts antreten? Oder beginnt mit dem Schock, der uns erfaßt, wenn wir realisieren, daß die Europäische Union untergehen könnte, vielleicht die historische Wende von der nationalstaatlich dominierten in die transnationale Politik und Gesellschaft Europas?

Stellen wir uns einmal vor, wir würden das großartigste, schönste, wundervollste Europa bauen, dessen unsere Phantasie mächtig ist – was würde das bringen, wenn die Bürger es nicht wollen? Welche politische Gestalt muß ein Europa annehmen, das sich in den Augen der Bürger vom Schreckgespenst zum Herzensanliegen verwandelt? Bei dem man ein Stück von sich selbst verliert, wenn es stirbt? Für das es sich zu leben und zu streiten lohnt und dem man bei einer Wahl seine Stimme geben würde?

Man hat die mögliche Katastrophe Europas aus der Perspektive der politischen Institutionen, der Wirtschaft, der Eliten, der Regierungen, des Rechts analysiert, aber nicht aus der Perspektive des Individuums. Was heißt Europa für die einzelnen Menschen, und welche Prinzipien für einen neuen Gesellschaftsvertrag für Europa lassen sich daraus entwickeln? Das ist die Frage, die ich in diesem letzten Abschnitt aufwerfen möchte. Die übliche institutionelle Sicht auf die EU soll ergänzt und gebrochen werden durch eine Perspektive, die den Standpunkt des Individuums einnimmt. Dabei geht es zwar auch um den politischen »Märklin-Baukasten« für ein neues Europa (Fiskalpakt, Eurobonds, Bankenunion etc.); ich interessiere mich hier allerdings weniger für ein abstraktes institutionelles Gebäude, als vielmehr dafür, welche Konsequenzen es für die Individuen hat und was das aus ihrer Sicht bedeutet. Damit verbindet sich schließlich die Frage: Was meint eigentlich der Begriff »europäische Gesellschaft der Individuen«?

Wieviel Zustimmung findet der politische Ausbau Europas bei den Bürgern selbst, also bei den eigentlichen Inhabern der Souveränität? Wissen die Individuen in ihrem tiefsten Innern, daß Europa, will es sich aus dem Kladderadatsch, in den es hineingeraten ist, befreien, neuer Institutionen bedarf? Und daß diese nur durch eine große gemeinschaftliche Anstrengung, durch Kooperation über Grenzen hinweg, geschaffen werden können? Gründet die Bereitschaft, Europa leichtfertig aufzugeben, nicht auf der ungebrochenen Gewißheit, Europa zu haben, und der damit verbundenen Unfähigkeit, sich vorzustellen, wie es wäre, diesen »Besitz« des alltäglichen Europa plötzlich missen zu müssen? Ist die Bereitschaft, in diesem Moment des großen Risikos das Herz über die Hürde zu werfen, wie Helmut Schmidt es einmal formuliert hat, nicht letztlich doch sehr viel größer, als die Zweifler und die massenmedial aufgebauschte Nationalstaatsnostalgie uns glauben machen wollen? Und könnte darauf nicht auch eine Politik bauen, die etwas ganz anderes will als Merkiavellis Vision vom deutschen Europa?

Einen Ansatz für eine mögliche Antwort finden wir bei Jean-Jacques Rousseau, in seinem vor 250 Jahren erschienenen *Gesellschaftsvertrag*. In diesem bis heute faszinierenden Entwurf hat Rousseau dargelegt, wie die Menschen, wenn sie den Naturzustand (*l'état de nature*) überwinden wollen, über einen Gesellschaftsvertrag (*contrat social*) zu Freiheit und Identität in der Gemeinschaft finden können. Am Anfang des 21. Jahrhunderts stellt sich uns nun die Aufgabe, den Nationalzustand zu überwinden und zu einem europäischen Gesellschaftsvertrag zu finden. Anknüpfend an Rousseau, möchte ich im Folgenden darlegen, was in einem solchen Gesellschaftsvertrag festgeschrieben werden sollte und wie er durchgesetzt werden kann.

1. Mehr Freiheit durch mehr Europa

Europa ist keine Nationalgesellschaft und kann auch keine Nationalgesellschaft werden, da es nun einmal aus demokratisch verfaßten Nationalgesellschaften besteht. Und in diesem nationalstaatlichen

Sinne ist Europa dann auch keine Gesellschaft. Die »europäische Gesellschaft« muß vielmehr als »postnationale Gesellschaft der Nationalgesellschaften« begriffen werden. Die Aufgabe, die sich damit stellt, lautet: Finde eine Form des europäischen Zusammenschlusses, die mit ihrer gemeinschaftlichen Kraft jedes Individuum in jeder nationalen Gesellschaft rechtlich schützt und die gleichzeitig jeden, indem er oder sie sich mit Individuen anderer Sprachen und politischer Kulturen zusammentut, bereichert und freier macht als zuvor.

Der französische Soziologe Vincenzo Cicchelli hat über die junge Generation Europas geforscht, sein neuestes Buch trägt den Titel *Der kosmopolitische Geist. Bildungsreise der Jugend in Europa*.⁵⁵ In seiner Studie wird deutlich, warum Europa, verstanden als gesellschaftlicher Erfahrungsraum, für die junge Generation ein Mehr an Freiheit und an kulturellem Reichtum bedeutet:

»Überall in Europa wird der Jugend bewusst, dass die Kultur ihres Heimatlandes sicherlich wichtig und konstituierend für ihre Identität ist, aber nicht ausreicht, um die Welt zu begreifen. Die Jugendlichen müssen die anderen Kulturen kennen, denn sie ahnen, dass die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fragen mit der Globalisierung eng zusammenhängen. Deshalb müssen sie sich an der Andersartigkeit reiben, am kulturellen Pluralismus. Das ist ein langer Lernprozeß, über touristische, humanitäre und Studienreisen, aber auch, indem man sich zu Hause für kulturelle Erzeugnisse der anderen interessiert, Kino, Fernsehserien, Romane, Kochkunst, Kleidung.«⁵⁶

Die junge Generation erfährt demnach die europäische Gesellschaft als »doppelte Souveränität«: als Summe nationaler und europäischer Entfaltungschancen. Die Jugendlichen beschreiben ihre Identität allerdings nicht, wie oft erwartet wird, als ausschließlich europäische. Niemand ist nur Europäer. Die jungen Europäer definieren sich *zunächst* über ihre Nationalität und *dann* als Europäer. Das Europa ohne Grenzen und mit einer gemeinsamen Währung bietet ihnen Mobilitätschancen, wie es sie nie zuvor gegeben hat,

und dies in einem sozialen Raum mit enormem kulturellen Reichtum, mit einer Vielzahl von Sprachen, Geschichten, Museen, Essenskulturen usw.⁵⁷

Die Studie von Cicchelli zeigt allerdings auch, wie diese europäische Erfahrung im Gefolge der gegenwärtigen Krise ein Stück weit brüchig wird. Zunehmend unterläuft die Wiederkehr alter Rivalitäten und Vorurteile (beispielsweise zwischen dem Süden und dem Norden Europas) die wechselseitige Anerkennung. Auffallend ist darüber hinaus, daß die junge Generation die Welt der Brüsseler Institutionen als weit weg, abstrakt und undurchschaubar erlebt. Sie macht die Erfahrung Europa – aber ohne Brüssel. Daniel Brössler schreibt dazu in der *Süddeutschen Zeitung*:

»Das Problem ist nicht das Fehlen von europäischem Gefühl, sondern die Tatsache, dass es mindestens zwei davon gibt. Es gibt das gute Gefühl jener übergroßen Mehrheit, die keine der großen europäischen Freiheiten mehr missen möchte. Und es gibt das ungute Gefühl oft derselben Menschen, dass da fern in Brüssel ein Paralleluniversum existiert, das dem eigenen Leben entrückt ist.«⁵⁸

Bei aller Ambivalenz können wir festhalten, daß es immer mehr vor allem junge Individuen gibt, die Europa leben, man denke nur an die unzähligen Erasmus-Studenten in Madrid, Berlin oder Krakau.

Ist es da nicht zutiefst verwunderlich, daß diese Erfahrung des gelebten Europa in den gegenwärtigen Diskussionen über die Euro- und Europa-Krise so gut wie gar nicht vorkommt? Das liegt meiner Ansicht nach vor allem daran, daß Politiker, aber auch Politikwissenschaftler, die sich mit Europa befassen, die europäische Integration zumeist *eindimensional* und *institutionenorientiert* denken: Das Zusammenwachsen Europas wird als Prozeß begriffen, der *vertikal* durchgesetzt wird: Die europäischen Institutionen (die Kommission oder der Rat) geben etwas vor, was in den nationalen Gesellschaften umgesetzt werden muß. *Vertikale* Europäisierung meint also die Integration der Nationalstaaten auf der Ebene der Institutionen.⁵⁹ Wie die Studie Cicchellis zeigt, bleibt diese

institutionelle Seite der Erasmus-Generation, die über alle Grenzen hinweg die Erfahrung Europa macht – die Integration vollzieht sich hier sozusagen *horizontal* – jedoch undurchsichtig und fremd. Das Vergessen der europäischen Gesellschaft der Individuen ist also daraus zu erklären, daß das gelebte Europa in der auf Institutionen fokussierten vertikalen Integration nicht auftaucht, während umgekehrt die vertikale Integration im Erfahrungshorizont der Individuen nicht präsent ist. Kurz: Auf der einen Seite haben wir das abstrakte Haus der europäischen Institutionen, aber die Zimmer dieses Hauses sind menschenleer. Auf der anderen Seite stehen die (jungen) Individuen, die Europa leben, aber nicht in das Haus einziehen wollen, das da in Brüssel für sie errichtet wird. Der Irrwitz bei der ganzen Geschichte besteht darin, daß keiner diesen Widerspruch bemerkt.

Wir haben uns seit mehr als 150 Jahren daran gewöhnt, Gesellschaft im Sinne des Nationalstaats zu verstehen, als gebunden an ein bestimmtes Territorium mit klar abgesteckten geographischen Grenzen, einem für alle Bürger geltenden Recht, einer relativ einheitlichen Kultur, einem gemeinsamen Bildungssystem, einer Amtssprache usw. Die jungen Menschen, die sich heute zwischen Lissabon und Helsinki, zwischen Dublin und Thessaloniki ganz selbstverständlich horizontal über alle Grenzen hinweg bewegen, haben einen ganz anderen Begriff von der europäischen Gesellschaft: Sie erfahren Europa vor allem als mobile Gesellschaft der Individuen, sie schätzen die Durchlässigkeit nationaler Grenzen, die Vielfalt der Kulturen, Sprachen, Rechtssysteme, Lebensformen usw. In diesem Sinne gilt: Mehr Freiheit durch mehr Europa.

2. Mehr soziale Sicherheit durch mehr Europa

Der neue Gesellschaftsvertrag muß diese große kosmopolitische Freiheit vor den Übergriffen der Nationalstaatsorthodoxen schützen, die sich nach neuer Übersichtlichkeit und neuen Grenzen sehnen. Mit der Verteidigung des Ist-Zustandes ist es aber bei weitem nicht getan. Die europäische Gesellschaft der Individuen ist heute

schließlich von einem Risikokapitalismus bedroht, der moralische Milieus, Zugehörigkeiten und Sicherheiten auflöst, neue Risiken erzeugt und diese auf den Schultern der einzelnen Menschen ablädt. Die Sparpolitik, mit der Europa derzeit die von den Banken ausgelöste Finanzkrise beantwortet, wird von den Bürgern als ungeheuerliche Ungerechtigkeit wahrgenommen: Für den Leichtsinn, mit dem die Banker unvorstellbare Summen verpulvert haben, müssen am Ende sie mit der baren Münze ihrer Existenz bezahlen. Eigentlich ist es höchste Zeit, den Spieß endlich umzudrehen: Wir brauchen nicht länger Bail-outs für die Banken, sondern einen sozialen Rettungsschirm für das Europa der Individuen. Ein solches solidarisches Europa (man ist beinahe versucht, an dieser Stelle den älteren Begriff der Europäischen *Gemeinschaft* auszugraben), wäre in den Augen der Individuen gerechter und glaubwürdiger. Bislang gingen gelebte Freiheit und die Maximierung individueller Risiken Hand in Hand. Sollen die Menschen Europa als etwas erleben, was für sie Sinn ergibt, muß die Devise lauten: Mehr soziale Sicherheit durch mehr Europa!

Anfang der achtziger Jahre prognostizierte Ralf Dahrendorf das »Ende des sozialdemokratischen Zeitalters«.⁶⁰ Für die nationalstaatliche Ebene mag das zutreffen, tatsächlich ist die Vision einer sozialen und ökologischen Demokratie hier in den Dornröschenschlaf der wohlfahrtsstaatlichen Routinen verfallen, die angesichts der Zerstörungskraft des globalen Kapitalismus zunehmend ins Leere greifen. Die Menschen sehen sich den neuen Risiken schutzlos ausgeliefert, der Taifun der Finanz- und Euro-Krise fegt über den Kontinent hinweg und verschärft die sozialen Ungleichheiten in allen Gesellschaften dramatisch. Die soziale Frage ist zur globalen Frage geworden, auf die es keine nationalen Antworten mehr gibt. Das kommt, in der alten Sprache, einer vorrevolutionären Situation nahe oder gleich. Die Antizipation der Katastrophe entfaltet auch hier ihre Mobilisierungskraft.

Der neue Gesellschaftsvertrag, der die Individuen für Europa gewinnen will, muß versuchen, ein sozialdemokratisches Zeitalter auf der transnationalen Ebene einzuläuten, und dabei die Frage beantworten: Wie kann die realistische Utopie der sozialen Sicherheit

so neu entworfen werden, daß sie nicht länger in einer von zwei Sackgassen endet – in der Nostalgie für den nationalen Wohlfahrtsstaat oder im Reformeifer der neoliberalen Selbstpreisgabe. Wie kann das soziale und ökologische Gewissen Europas und der Welt geweckt und zu einer politischen Protestbewegung geformt werden? Wie können sich wütende Griechen, arbeitslose Spanier, verunsicherte Deutsche, also die in den Abgrund blickenden Angehörigen der individualisierten Mittelschicht, europa- oder sogar weltweit zu einem politischen Subjekt zusammenschließen, das den neuen Gesellschaftsvertrag durchsetzt?

Den etablierten politischen Parteien müßte dabei so etwas wie die Quadratur des Kreises gelingen: Sie müssen organisatorisch und programmatisch den Sprung in die Transnationalität der europäischen Politik schaffen und gleichzeitig nationale Wahlen gewinnen.

3. Mehr Demokratie durch mehr Europa

Der europäische Wandel wird oft von den Institutionen her gedacht. Stellt man die Frage nach mehr Demokratie, kommen sofort Vorschläge für institutionelle Reformen, es geht dann um die Befugnisse des europäischen Parlaments usw. Man muß allerdings auch die Frage nach der Demokratie aus der Sicht der Individuen stellen, *von unten* sozusagen, aus dem Gewimmel der horizontalen Integration heraus. Erst wenn die Menschen Europa als ihr Projekt begreifen, erst wenn die Menschen in der Lage sind, die Perspektive der Bürger anderer europäischer Länder einzunehmen, ist es überhaupt sinnvoll, über vertikale Integration und europäische Demokratie zu sprechen.

Es geht also um wechselseitiges Verständnis, um die Fähigkeit, die Welt mit den Augen der Anderen zu sehen, um den kosmopolitischen Blick. Wie das aussehen kann, zeigt folgendes Zitat: In einem Artikel übernimmt die Italienkorrespondentin Birgit Schönau einmal die Perspektive der Südländer und beschreibt, wie diese das Vorgehen der deutschen Regierung und der internationalen Institutionen derzeit empfinden:

»Sparen, sparen, sparen. Informieren, abspecken, Wirtschaft ankurbeln. Und alles bitte ein bißchen plötzlich, sonst heißt es: Setzen, sechs. Die Schulmeisterinnen des Südens sind zwei auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Frauen: die elegante Französin Christine Lagarde und die resolute Deutsche Merkel. Bei Lagarde sitzt nie ein Härchen schief, sie pflegt die Askese, aus Prinzip gönnt sie sich noch nicht einmal ein Gläschen Wein. Merkel ist nicht ganz so streng mit sich selbst und ihrer Frisur. Mit den anderen aber schon.«⁶¹

Die Vision der beiden mächtigen Damen sei von einer protestantischen Verzichtshaltung geprägt, »sie kennen keine Absolution, kein Pardon. Sie selbst würden das natürlich abstreiten, aber der Süden empfindet es so.« »Der Süden empfindet es so« – mit diesen Worten wird hier der kosmopolitische Blickwechsel eingeleitet. »Der Norden« lernt sich selbst im Blick »des Südens« neu kennen.

Autoren, die skeptisch sind, was die Herstellung einer europäischen Gesellschaft anbelangt, argumentieren oft damit, daß Nationalgesellschaften durch Werte integriert sind. Solche Werte gibt es derzeit auf der europäischen Ebene noch nicht. Stattdessen gibt es mannigfaltige Konflikte, die Auseinandersetzungen um die Eurorettung und die Sparpolitik, Birgit Schönau spricht gar von einem »Kulturkampf«. Der kosmopolitische Blick könnte in diesem Europa des Konflikts Zusammenhalt stiften. Das würde beispielsweise bedeuten, daß die einzelnen Deutschen lernen, sich in die Lage der Griechen zu versetzen und zu »sehen«, was diese ängstigt, peinigt, erbittert, wütend macht, nicht zuletzt auch, was das Handeln Deutschlands in ihren Augen bedeutet, warum sie es als Arroganz, Ignoranz, neuen Imperialismus empfinden; und es verlangt zugleich, daß die einzelnen Griechen sich in die Lage der Deutschen versetzen und »sehen«, warum manche den Griechen Korruption, mangelnde Steuermoral, Verschwendung vorwerfen.

Wenn die Fähigkeit, die Perspektive der Anderen einzunehmen, die Voraussetzung für die Entstehung einer europäischen Demokratie ist, dann brauchen wir eine kosmopolitische Alphabetisierungskampagne für Europa. Wie können wir die kulturelle Hegemonie

der Europa-Skeptiker, die nur ein blutleeres Sonntagseuropa kennen, überwinden und ein Alltagseuropa der Bürger schaffen? Wie können wir sicherstellen, daß möglichst viele Individuen die Chance erhalten zu lernen, sich mit den Augen der anderen zu sehen? Wie können wir das gemeinsame Handeln zur Grundlage der demokratischen Partizipation in Europa machen?

»Doing Europe« – das war die Antwort, die Helmut Schmidt, Jürgen Habermas, Herta Müller, Senta Berger, Jacques Delors, Richard von Weizsäcker, Imre Kertész und andere prominente Europäer im Mai 2012 präsentierten. Weil sie der Ansicht sind, daß die europäische Demokratie *von unten* wachsen muß, weil sie verstanden haben, daß es kein »europäisches Volk« gibt, sondern ein Europa der Individuen, die erst noch zum Souverän der europäischen Demokratie werden müssen, haben sie die Einführung eines freiwilligen europäischen Jahrs für alle gefordert.⁶² Nicht nur die jüngere Generation und die Angehörigen der Bildungseliten sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, in einem anderen Land, in einem anderen Sprachraum ein Stück Europa von unten zu verwirklichen, sondern auch normale Berufstätige, Rentner und Arbeitslose.

Nehmen wir einmal für einen Moment an, das freiwillige europäische Jahr für alle sei bereits Wirklichkeit. Frank Schuster, 44 Jahre alt, Bankangestellter in Lüneburg, hat ein Jahr lang an einem Umweltprojekt in Athen mitgewirkt und in dieser Zeit neue Freundschaften geschlossen. Er hat erlebt, wie der Mutter eines griechischen Freundes mehrfach die Rente gekürzt wurde, wie Nachbarn auszogen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen konnten, wie Geschäfte in seiner Straße schließen mußten, wie die Menschen sich durch das Spardiktat zutiefst in ihrer Würde verletzt fühlten. Nach Deutschland zurückgekehrt, hört er fassungslos, wie in Medien, Politik und Alltag über die »Pleitegriechen« hergezogen wird. Während hierzulande der Vorwurf populär ist, die Griechen würden über ihre Verhältnisse leben, hat er das Gegenteil gesehen: daß immer mehr Menschen in die Armut abstürzen.

Oder Brigitte Reimann aus Passau. Die 28 Jahre alte Medien-
designerin hat nach dem Abschluss ihres Studiums zunächst keinen Job bekommen und engagiert sich nun in Warschau im Rahmen

eines Projekts, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein deutsch-polnisches Geschichtsbuch zu verfassen. Sie wurde zwar sehr freundlich empfangen, in manchen Momenten spürte sie jedoch, daß das deutsche Spardiktat Erinnerungen an den militanten Imperialismus Deutschlands weckt. Einmal bricht aus einem pensionierten Nachbarn die Frage heraus: »Was hat eigentlich dein Großvater damals getan?« Sie schaut ihn an und antwortet: »Mein Großvater war vierzehn Jahre alt, als der Krieg aufhörte.« Da stutzt ihr Gegenüber einen Augenblick und sagt dann leise: »Entschuldigung«.

Das freiwillige europäische Jahr institutionalisiert den »Tanz des Verstehens« (Charles Taylor) und beantwortet auf eigene Weise die Frage, was Europa für die Menschen bedeutet. Es ermöglicht die demokratische Identifikation und Teilhabe der Individuen und stellt so eine durchaus oft kritische Verbindung her zwischen dem eigenen Leben und Handeln und dem (aus der Sicht vieler Individuen) technokratischen Nirwana namens Brüssel.

Wer die Defizite der europäischen Demokratie mit der Frage gleichsetzt, wie die nationalen Parlamente sich zum europäischen Parlament verhalten oder das Bundesverfassungsgericht zum Europäischen Gerichtshof, übersieht leicht, daß auch in diesen Alternativen Demokratie gleichsam vertikal gedacht wird. Ausgeklammert bleibt dabei, wie nationale Bürger handlungssouveräne Europäer werden. Das Ideal, an dem die Verwirklichung der europäischen Demokratie heute oft gemessen wird, entstammt noch dem Zeitalter der Nationalstaaten. Hier gab es »Völker«, deren Wille von demokratischen Institutionen repräsentiert und umgesetzt wurde. Im Europa der Individuen ist diese Voraussetzung nicht erfüllt. Demokratie kann daher nur in dem Maße lebendig werden, wie die Menschen selbst sich das Projekt aneignen und Europa gemeinsam bauen. Genau das meint das Motto: Mehr Demokratie durch »Doing Europe«.

Die Perspektive auf die Demokratie von unten ist unvollständig, wenn man sie nicht durch den Blick auf die Architektur der Institutionen einer europäischen Demokratie ergänzt. Dabei ist unter anderem das Dilemma zu lösen, wie die nationale Demokratie erhalten bleiben kann, während die transnationale Demokratie an

Autorität gewinnt. Aus der Perspektive der Individuen liegt das Defizit der bisherigen Architektur darin, daß bei Wahlen zum Europaparlament nicht wirklich über die Geschicke Europas entschieden wird. Und selbst wenn bei diesen Wahlen wirklich über europäische Themen entschieden würde, wäre immer noch nicht klar, mit welchen finanziellen Mitteln diese europäische Politik dann umgesetzt werden soll, schließlich ist Europa – und genau das zeigt ja die Schuldenkrise – auf Geld aus den einzelnen Mitgliedsstaaten angewiesen. Insofern bräuchte ein demokratisches Europa eigentlich einen eigenen Topf. Nun kann man sich leicht vorstellen, wie die Bürger reagieren würden, müßten sie einen Teil ihres Einkommens im Sinne eines »europäischen Solidarzuschlags« abgeben oder würde man die Mehrwertsteuer erhöhen und die zusätzlichen Einnahmen an die Kommission überweisen. An diesem Punkt könnten nun die zuletzt viel diskutierte Finanztransaktionssteuer, eine Bankensteuer oder eine EU-weite Abgabe auf Unternehmensgewinne ins Spiel kommen. Auf diese Weise könnte man einerseits den entfesselten Risikokapitalismus zähmen und die Verursacher der Krise für die Folgen haftbar machen, andererseits würde das demokratische Europa endlich handlungsfähig.

Das klingt hoffnungslos utopisch und naiv. Aber wo der Euro und Europa zusammenzuberechnen drohen, muß man umdenken. Ja, dieser Krisenfall führt zu einer Umwertung des Realismus. Was bisher als »realistisch« galt, wird naiv und gefährlich, weil es den Zusammenbruch in Kauf nimmt. Und was als naiv und illusorisch galt, wird »realistisch«, weil es versucht, die Katastrophe zu verhindern und nebenbei die Welt besser zu machen.

4. Die Machtfrage: Wer setzt den Gesellschaftsvertrag durch?

Wer danach fragt, wie der neue Gesellschaftsvertrag in Europa machtvoll werden kann, muß sich auf die Suche nach einem Bündnis kosmopolitischer Nationen begeben, die bereit und in der Lage sind, eine Avantgarde-Rolle zu übernehmen, um ihre nationale Machtstellung und Würde in Europa und der Welt wiederzugewinnen.

Welche Staaten kommen für eine solche kosmopolitische Architekten-Koalition in Frage?

Machttheoretisch gesehen, müßte diese Koalition geschmiedet werden zwischen Ländern, die jetzt schon unter einer großen Schuldenlast leiden (die sie im Alleingang nicht bewältigen können, für deren Bewältigung sie also der europäischen Kooperation und Solidarität bedürfen), und Ländern, die bislang von Europa profitiert haben und deren Gewinne nun durch den drohenden Zusammenbruch des Euro oder gar der EU verlorenzugehen drohen. Zur ersten Kategorie gehören Italien und Spanien, vielleicht bald auch Frankreich. Das Frankreich Hollandes müßte dazu aber wohl erst noch über den Schatten der Grande Nation springen, doch auch hier gilt ein machiavellistischer Unterton: Je mehr Frankreich ökonomisch unter Druck gerät, desto attraktiver könnte es sein, in der politischen Union Europa eine Auferstehung zu feiern.

In die zweite Kategorie fällt derzeit vor allem Deutschland. Dieses Land hat bislang ganz zweifellos von Europa, vom Euro, aber auch von der Krise politisch, ökonomisch und moralisch profitiert. Deshalb ist es im ureigensten Interesse des Landes, die politische Union Europas voranzutreiben. Wer heute einen nationalen Alleingang fordert, handelt paradoxerweise unpatriotisch, weil er verkennet, daß es politischem Selbstmord gleichkäme, wenn Europa am Geiz der Deutschen sterben würde, denn ohne den Euro und Europa ist auch die Weltwohlfahrtsnische Deutschland nicht zu verteidigen.

Entgegen dem weitverbreiteten Pessimismus kann man also festhalten, daß – »realistisch« betrachtet – alle genannten Länder (und warum sollten sich nicht auch Staaten wie Polen beteiligen?) ein Interesse an mehr Kooperation und europäischer Solidarität und deshalb an der Durchsetzung des neuen Gesellschaftsvertrags für Europa haben.

Nehmen wir einmal an, in Deutschland fände ein solcher Meinungswechsel (und vielleicht ist dafür ja sogar ein Machtwechsel nötig) statt und das Land würde sich an die Spitze dieser Koalition stellen (welche Länder auch immer daran zunächst beteiligt wären). Über welchen Machthebel könnte man den neuen

Gesellschaftsvertrag dann umsetzen? Im Prinzip müßte man dazu das merkiavellistische Machtkalkül des deutschen Europa modifizieren: Wo die Vergabe von Krediten bislang an Haushaltsdisziplin und neoliberale Reformen geknüpft ist, würde sie in Zukunft an die Bereitschaft gekoppelt, den neuen Gesellschaftsvertrag mitzutragen, Hoheitsrechte wie die Haushaltsautonomie an die europäische Autonomie abzutreten und so Schritt für Schritt die politische Union zu schaffen. »Wer gemeinsam Schulden machen will«, schreibt Jan Hildebrand dazu in der *Welt*, »darf nicht mehr alleine über Einnahmen und Ausgaben bestimmen.«⁶³

Der springende Punkt ist dabei allerdings, daß der Machthebel so konstruiert werden muß, daß beides – die Haftungsunion und der Gesellschaftsvertrag – gleichzeitig umgesetzt werden. Im Moment plädiert ja beispielsweise der neue französische Präsident François Hollande dafür, jetzt gemeinsam zu haften und das politische Europa erst im zweiten Schritt voranzutreiben, wobei dies auch eine Verschiebung auf den Sankt Nimmerleinstag bedeuten könnte. Es kommt jedoch darauf an, unter dem Druck der am Horizont stehenden Katastrophe beides gleichzeitig in Angriff zu nehmen. Wenn dies gelänge, wäre es sogar möglich, zwei weitere Verbündete für den europäischen Gesellschaftsvertrag zu gewinnen: Erstens, und das mag paradox klingen, die Akteure der globalen Finanzmärkte, die angesichts eines klaren Bekenntnisses zum politischen Europa möglicherweise neues Vertrauen fassen und investieren würden, da klar wäre, daß es eine Instanz gibt, die im Krisenfall für mögliche Verluste haftet; und zweitens die Bevölkerungen in den Schuldnerstaaten, die derzeit angesichts der neoliberalen Sparpolitik protestieren, die sich jedoch aufgrund der Aussicht auf ein transnationales Modell der sozialen Demokratie mit dem Projekt eines politischen Europa identifizieren würden.

5. Ein Europäischer Frühling?

Wie gesagt: Aus der Perspektive des soziologischen Betrachters läge es im wohlverstandenen Eigeninteresse der genannten Staaten, sich die Verwirklichung eines neuen europäischen Gesellschaftsvertrags auf die Fahnen zu schreiben. Auch wenn, und das ist ja eine zentrale Aussage der Risikotheorie, durch die Antizipation der Katastrophe morgen Dinge geschehen können, die gestern noch absolut undenkbar waren, muß man eingestehen, daß im Moment wenig darauf hindeutet, daß sich die deutsche oder andere Regierungen bald ins Lager der Europaarchitekten schlagen werden. Ich teile an dieser Stelle die Skepsis von Jürgen Habermas: »Die Wiederentdeckung des deutschen Nationalstaats, der neue Modus einer kompasslos auf kurze Sicht fahrenden Politik und das Zusammenwachsen der politisch-medialen Klasse mögen Gründe dafür sein, dass der Politik für ein so großes Projekt wie die Einigung Europas die Luft ausgeht.«⁵⁹ Ist damit die Aussicht auf einen europäischen Gesellschaftsvertrag fürs Erste passé? Nicht unbedingt. Habermas schreibt dazu:

»[V]ielleicht geht der Blick nach oben, auf die politischen Eliten und die Medien, überhaupt in die falsche Richtung. Vielleicht können die einstweilen fehlenden Motivationen nur von unten, aus der Zivilgesellschaft selbst erzeugt werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein Beispiel dafür, dass sich die politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten und damit die Parameter der öffentlichen Diskussion nicht ohne die zähe Maulwurfsarbeit sozialer Bewegungen verschieben.«⁶⁴

Es ist gerade einmal eineinhalb Jahre her, daß wir einen Arabischen Frühling erlebt haben, mit dem absolut niemand gerechnet hatte. Auf den Arabischen Frühling folgte ein heißer Amerikanischer Herbst, als die Aktivisten von Occupy Wall Street den New Yorker Zuccotti-Park besetzten. In einem Land, in dem zuvor praktisch niemand daran gezweifelt hatte, daß der Kapitalismus die beste aller möglichen Gesellschaftsordnungen darstellt, wurden auf einmal

Rufe nach Alternativen laut. Occupy Wall Street beanspruchte für sich, für die 99 Prozent der Amerikaner, die von der Krise überrollt worden sind, gegen das eine Prozent zu sprechen, das von ihr profitiert. Und der Ruf »We are the 99 percent« erreichte nicht nur junge Menschen in anderen amerikanischen Städten, sondern auch in London und Vancouver, Brüssel und Rom, Frankfurt und Tokio. Plötzlich demonstrierte man nicht länger allein gegen ein einzelnes schlechtes Gesetz oder für irgendeine Maßnahme, sondern gegen »das System« selbst. Was früher »freie Marktwirtschaft« genannt wurde und jetzt wieder Kapitalismus heißt, wurde auf den Prüfstand gestellt und fundamentaler Kritik unterzogen – und für einen Augenblick hörte die ganze Welt zu. Könnte es nach dem Arabischen Frühling und dem Amerikanischen Herbst bald einen Europäischen Herbst, Winter oder Frühling geben? Widerstand gegen die eurodeutsche Sparpolitik? Eine europäische soziale Bewegung, die für den neuen Gesellschaftsvertrag auf die Straße geht? Natürlich haben wir in den letzten zwei, drei Jahren erlebt, wie junge Leute in Madrid, Tottenham oder Athen gegen die Auswirkungen der neoliberalen Sparpolitik protestierten und auf ihr Schicksal als verlorene Generation aufmerksam machten. Allerdings waren auch diese Demonstrationen in gewisser Weise noch dem Dogma des Nationalstaats verhaftet. Die Menschen wehren sich in den einzelnen Ländern gegen die deutsch-europäische Politik, die von ihren Regierungen umgesetzt wird.

Dabei wird es höchste Zeit, daß auch die »Überflüssigen« (Zygmunt Bauman), das Prekariat, die vom Absturz bedrohten Angehörigen der Mittelschicht, die gut ausgebildeten jungen Menschen, die keine Chance auf eine feste Anstellung haben, die alten Menschen, denen die Renten gekürzt werden, kurz: all diejenigen, die europaweit als menschliche »Kollateralschäden« von der Sparpolitik betroffen sind, den kosmopolitischen Imperativ beherzigen: Sie müssen durch die Grenzen hindurch kooperieren und sich gemeinsam nicht für weniger Europa einsetzen, sondern *von unten* für eine politische, sozialdemokratischen Grundsätzen verpflichtete Union kämpfen, da allein diese in der Lage wäre, den Ursachen der Misere wirkungsvoll zu begegnen.

Etablierte Politik und Politikwissenschaft haben eine Schwäche gemeinsam: Sie unterschätzen chronisch die Macht der Ohnmächtigen, die Macht der sozialen Bewegungen, insbesondere in transnationalen Risikokonflikten. Um diese zu verstehen, ist es sinnvoll, zwischen institutionalisierter Politik (Parteien, Regierungen, Parlamente) und der nichtinstitutionalisierten Subpolitik sozialer Bewegungen zu unterscheiden. In der Tat haben subpolitische Akteure und Netzwerke, die nicht an nationale Territorien und Prioritäten gebunden sind, in den vergangenen Jahrzehnten die Fragen des ökologischen Überlebens, der Gleichheit zwischen Männern und Frauen, des Friedens und nicht zuletzt der Finanzkrise gegen den Widerstand der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und medialen Eliten auf die Tagesordnung gesetzt. In diesem Sinne entkoppelt die Mobilisierungskraft des Risikos die Politik von den dafür vorgesehenen Akteuren und Foren. Der kosmopolitische Imperativ »Kooperiere oder scheitere« ermächtigt insbesondere soziale Bewegungen für Europa.

Woraus könnte die Macht einer solchen Europabewegung von unten entstehen? Wie wir gesehen haben, hat die Euro-Krise dem neoliberalen Europa endgültig die Legitimität entzogen. Die Folge ist: Es gibt eine Asymmetrie von Macht und Legitimität. Große Macht und geringe Legitimität auf der Seite des Kapitals und der Staaten, geringe Macht und hohe Legitimität auf der Seite der Protestierenden. Dieses Ungleichgewicht könnte die Bewegung sich zunutze machen, um Kernforderungen wie zum Beispiel eine europäische Finanztransaktionssteuer, die ja eigentlich im wohlverstandenen Eigeninteresse der Staaten liegt, gegen die Borniertheit der Nationalstaatsorthodoxen und für Europa durchzusetzen. Und wer weiß: Vielleicht käme es ja sogar zu einer Koalition zwischen der Protestbewegung und der Avantgarde der Europaarchitekten, die den Quantensprung in die transnationale Handlungsfähigkeit schafft.

Gegen das schnelle Aussichtslos hilft zu guter Letzt vielleicht diese Einsicht: Die mächtigsten Gegner der globalen Finanzwirtschaft sind nicht diejenigen, die weltweit ihre Zelte auf großen Plätzen und vor den Bankkathedralen aufbauen. Der überzeugendste

und ausdauerndste Gegner der globalen Finanzwirtschaft ist am Ende die globale Finanzwirtschaft selbst.

Das alles mag nach Hölderlins Hoffnungsvers klingen, nach der tröstenden Verheißung »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch«. Aktualisiert und auf Europa angewendet, müßte es heißen: Wo aber Gefahr ist, wachsen die Rettungsschirme auch – und zugleich die Chancen auf eine starke proeuropäische Bewegung. Wie wir gegenwärtig beobachten können, gilt aber auch das Gegenteil: Mit den Rettungsschirmen wächst die Gefahr. Denn aus der Euro-Krise entsteht – bislang ungebrochen – das deutsche Europa.